

Beschluss des Landrats vom 30.09.2021

Nr. 1118

23. Die Stärkung der Hochschulmedizin in der Region muss eine gemeinsame Sache sein. Wird das Baselbiet angemessen berücksichtigt?

2021/321; Protokoll: mko

Anita Biedert (SVP) beantragt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

Anita Biedert (SVP) dankt herzlich für die grosse Bemühung bei der sorgfältigen Beantwortung ihrer Interpellation. Einige für sie sehr wichtige Punkte würde sie gerne in den Raum stellen. Bei der Besetzung der strukturellen Professuren durch die medizinische Fakultät wünschte sie sich, dass das Kantonsspital Baselland berücksichtigt würde, indem starke Professuren im Fokus stehen, und nicht primär der Fokus auf die Klinikleitung gelegt wird. Betreffend Urologie würde das KSBL resp. die Regierung sich dafür einsetzen, dass die Professur wieder, so möglich, an den Kanton geht.

Bei der Orthopädie hat das KSBL ein gewaltiges Potential. Hier wäre es von grosser Bedeutung, wenn die Stelle der strukturellen Professur am KSBL wäre. Das KSBL müsste berücksichtigt werden aufgrund seiner finanziell substantiellen Trägerschaft. Dem muss unbedingt und in grösserem Umfang mehr Rechnung getragen werden. Professuren dürfen nicht automatisch ans USB gehen. Die Interpellantin nimmt erfreut zur Kenntnis, dass das Thema im Steuerungsausschuss Medizin eingebracht wird. Der Universitätsrat ist für die Wahl der Professuren zuständig. Folglich hat die Vorsteherin der BKSD als Mitglied des Gremiums die Möglichkeit, die Interessen des Baselbiets einzubringen, was eine Unterstützung der Thematik in einer positiven Art und Weise sein könnte.

Urs Roth (SP) möchte zunächst Anita Biedert für den Vorstoss und der Regierung für die Beantwortung danken. Es ist ein enorm wichtiges Anliegen, zudem die Vorrednerin das meiste schon gesagt hat. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es hierbei nicht um Anliegen des Kantons Basel-Landschaft oder des KSBL geht, sondern es ist strategisch gesehen ein Eigengoal der Universität Basel selber, wenn sie die klinische Lehre und Forschung des KSBL auf diesem Weg vermehrt zu marginalisieren versucht. Es ist umgekehrt notwendig, dessen klinische Lehre und Forschung wie bis anhin einzubeziehen. Und das geht nicht, indem die strukturellen Professuren zunehmend in Frage gestellt werden. Der Votant ist deshalb froh, dass nicht nur der Gesundheitsdirektor, sondern auch die Bildungsdirektorin in ihren Gremien auf das Anliegen hinweisen und dies mit Nachdruck tun.

Sven Inäbnit (FDP) sagt, dass die Interpellation tatsächlich mehr als nötig war und auch ein gewisses Stirnrunzeln auslöse. Um was geht es? Es geht um drei (3!) Professuren von insgesamt 119 der medizinischen Fakultät, die es tatsächlich ins Kantonsspital Baselland geschafft haben. Urs Roth ist Recht zu geben, dass es nicht in erster Linie um das Baselbiet, sondern um die Institution Kantonsspital geht. Es geht auch darum, dass vor ein paar Jahren die gemeinsame Gesundheitsregion gross propagiert wurde und damit die Sicherung der Hochschulmedizin in der Region. Das Ergebnis heute ist, dass nun alle drei Professuren mehr oder weniger gefährdet sind. Es ist deshalb wirklich notwendig, ein Signal an die medizinische Fakultät der Universität zu senden. Beide Direktionen, VGD und BKSD, sollen mit Nachdruck dafür sorgen, dass die vorhandenen Möglichkeiten effektiv genutzt werden. Diese bestehen im KSBL auf jeden Fall. Im Hinblick auf die

Hochschulmedizin und den Standort der leistungsfähigen Spitäler im Kanton muss dies unbedingt gefordert werden.

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) verdeutlicht, dass der angesprochene Staatsvertrag wie auch das gesamte Projekt der gemeinsamen Gesundheitsregion als drittes übergeordnetes Ziel die Sicherung der Hochschulmedizin in der Region festhalte. Der Votant ist deshalb sehr froh, dass das Parlament erkennt, dass diese Sicherung nur im Verbund funktioniert. Auch gegenüber der Baselpolitaner Bevölkerung, die wesentliche Beträge in die Trägerschaft der Universität investiert, wäre es schwer zu vermitteln, wenn sämtliche Professuren nach Basel abwandern würden. Das könnte man in der Tat nicht unterstützen. Letztlich ist es aber nicht eine politische Entscheidung, sondern es geht um die Struktur- und Berufungskommissionen, die dafür zu sorgen haben, dass die universitären Ansprüche gewährleistet sein müssen. Alle jedoch, die in irgendeiner Form – in den entsprechenden Kommissionen, als Regierung oder Parlament – die Notwendigkeit dieses Verbunds aufzeigen und bekräftigen können, leisten einen wesentlichen Beitrag dazu. Der Kanton auf jeden Fall ist über seine Trägerrolle hinaus bereit, einen solchen zu leisten, den man auch erwartet, leisten zu können.

://: Die Interpellation ist erledigt.
